

■ Soforthilfe und Substanzerhaltung

Bundestag diskutiert Kulturangebote

Am 25. Februar wurden im Deutschen Bundestag die Anträge der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diskutiert, ein »Soforthilfeprogramm Kultur« zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur (BT-Drs. 17/552) einzurichten beziehungsweise ein »Substanzerhaltungsprogramm Kultur« aufzulegen. Dr. Lukrezia Jochimsen begründete den Antrag der LINKEN, sprach von einem »Schreckenszenario« und forderte »Katastrophen- und Opferschutz« vom Bund für die notleidenden Kultureinrichtungen. Deshalb müsse sofort ein Nothilfeprogramm aufgelegt werden. Rüdiger Krause von der CDU/CSU-Fraktion fand die Intention dieses Antrags zwar »sympathisch«, verwies jedoch auf die Verantwortung der Kommunen in dieser Frage, die der Bund ihnen nicht abnehmen könne. Im Übrigen formulierte er die nahe liegende Sorge, dass die gewünschte Opfer des Bundes die Folge haben würde, dass sich viele Kommunen »förderfähig« machen und ihre Aufgaben dem Bund überlassen könnten.

BT-Vizepräsident Dr. h.c. Wolfgang Thierse sprach für die SPD-Fraktion und präzisierete die »Hiobsbotschaften« aus dem Kulturbereich – überall werde »massiv gekürzt, gestrichen und gespart«. Die Vorschläge der LINKEN und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien deshalb sehr verständlich und ernsthaft zu diskutieren, aber sie lösten die

strukturellen Probleme der Kommunen nicht. Deshalb forderten die Sozialdemokraten einen »Rettungsschirm« für die Kommunen insgesamt, der die Verluste aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz von 1,6 Mrd. Euro vollständig ausgleiche. Reiner Deutschmann von der FDP-Fraktion forderte ebenfalls, dass ein »Kahlschlag im Kulturbereich« unter allen Umständen vermieden werden müsse, verwies jedoch auf die Verantwortung der Länder sowie auf die bereits vorhandenen Leistungen des Bundes im Rahmen der Konjunkturpakete und die Verfassung, die ein Nothilfeprogramm verbiete. Im Übrigen trete seine Fraktion dafür ein, Kultur in allen Bundesländern zur Pflichtaufgabe zu machen und auch als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern.

Agnes Krumwiede von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte für ihre Fraktion ein KfW-Sonderprogramm Kulturförderung, um den Substanzerhalt im Kulturbereich zu gewährleisten.« Sie verwies dabei auch auf die vielen Arbeitsplätze, die bedroht seien, und beklagte die Realisierung von teuren »Prunkbauten«, bei denen niemand so recht wisse, wie sie denn zu bespielen seien. Dagegen bedeute die Streichung eines Bücherbusses in ländlichen Gebieten, ein geschlossenes Programmkino oder ein fehlendes soziokulturelles Zentrum weniger Bildung, weniger Information und »einen Verlust an sozialer und kultureller Teilhabe.«